

DER GRÜNSPECHT

Die Zeitung der GRÜNEN Ried / lfd. Nr. 81 / Sommer 2005



Der Sommer kommt, die Themen bleiben!

AUS DEM INHALT:

Marktplatz NEU? S. 2

GR Max Gramberger über mögliche Synergien mit Bücherei

Problem Mobilfunk S. 3

Informationen aus Stadt und Land

Thema Müll S. 4

Neues Sammelsystem?
Ein Denkanstoß!

Streetwork Ried S. 5

Mobile Jugendarbeit
im Bezirk stellt sich vor

Ried(er) 1945 S. 8

Das etwas andere Schulprojekt



RIFArad, Nationalratswahl, Kindergärten, Müllabfuhr, Zeitgeschichte, Bildungschancen, EU-Verfassung, Kunst. Marktplatz, Integration, Bücherei und Mobilfunk, Wanderung am Bach, Streetwork und Kultur . . .

Doch Anna wünscht sich nur: Sommer, Sonne und Erfrischung pur! Das wünschen wir auch Ihnen, liebe Leserinnen und Leser.



DIE GRÜNEN

Die GRÜNEN Ried.



GR Max Gramberger

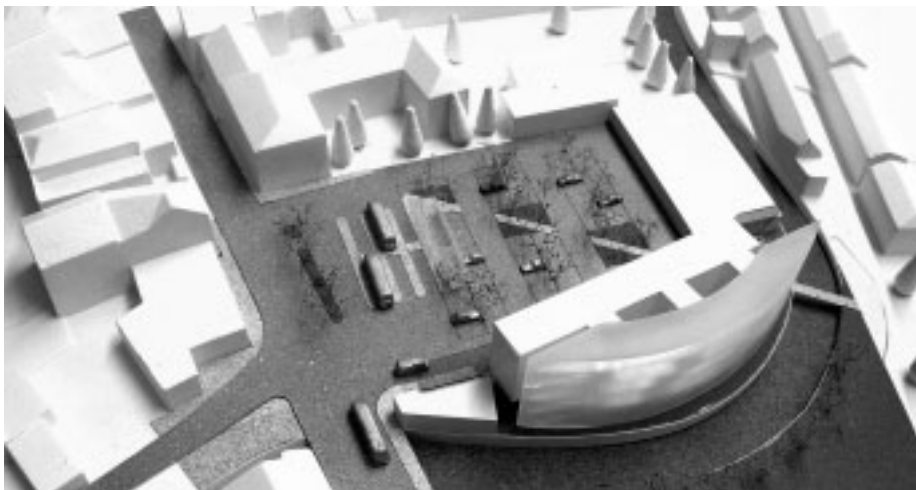
Marktplatz neu? Bücherei neu?

Ried verfügt über eine relativ gut ausgestattete Bücherei mit einer sehr engagierten Leiterin und ebensolchen MitarbeiterInnen. Ca. 70.000 (!) BesucherInnen im Jahr frequentieren die Bücherei und entleihen dabei ca. 90.000 Medien. Sie ist insgesamt 24 Stunden pro Woche geöffnet und schafft Arbeit für 3 voll beschäftigte Personen.

Die Bücherei hat einen sehr guten Ruf und zieht Leute aus allen Gemeinden des Bezirkes und darüber hinaus an. Sie ist dadurch auch ein wertvoller Frequenzbringer für die Stadt. Was will man und frau mehr?

An den Grenzen angelangt

Der rasante Zuwachs an Entlehnungen (1984: 34.000 – 2003: 90.000!) zeigt schon die Richtung auf, in die es gehen könnte, nämlich zu einem umfangreicheren Angebot in einem großzügigeren Ambiente. Das aktuell benutzte Haus ist nur begrenzt und unter größeren Kosten für einen Ausbau adaptierbar. Der 2. Stock und der großzügige Dachboden sind ungenutzt, aber auch nicht in die Bücherei zu integrieren. Es zwickt an allen Ecken und Enden, die Licht- und Luftverhältnisse sind alles andere als optimal. Dazu kommt, dass die Bücherei nicht behinderten- und kleinkindgerecht ist.



Modell - Marktplatz neu

Kino-Alternative

Was lag also näher als einen neuen Standort für die Bücherei ins Auge zu fassen? Und nachdem das Kinoprojekt am Marktplatz vor dem Aus stand, haben wir uns natürlich Alternativen dazu überlegt. Dabei kamen wir einhellig zur Auffassung, dass eine neue Bücherei am Marktplatz eine optimale Lösung darstellt, wenn die notwendigen Begleitmaßnahmen auch gesetzt werden. Für uns GRÜNE sprechen vor allem folgende Argumente für diesen Vorschlag:

Die Lage im Wartebereich für die Busse und in Zentrumsnähe ist optimal. Erweiterte Angebote und Öffnungszeiten bringen zusätzliche Frequenz in die Stadt. Synergien mit anderen öffentlichen Einrichtungen wie Tourismusinformatio oder Jugendberatung könnten entstehen. Eine gute Bücherei ist einzigartig in der weiteren Umgebung und besitzt deswegen große Anziehungskraft. Ried kann durch eine moderne Bücherei ein selbstbewusstes Zeichen für den Wert der Bildung in einer Schulstadt setzen. Eine attraktive Bücherei erhöht die Lebensqualität, weil sie als Drehscheibe für Bildung und Kommunikation fungiert.

Wer soll das bezahlen?

Natürlich haben wir uns auch überlegt, woher die Mittel für ein derartiges Projekt kommen sollen. Wir würden es befürworten, Eigentum für die Stadt im neuen Gebäude zu erwerben. Dies könnte durch eine Drittelfinanzierung der Stadt, sowie zwei Drittel durch das Land geschehen, da ja auch das Umland ein sehr starker Nutzer wäre. Als Anteil der Stadt könnte wiederum das Taitl-Haus, in welchem sich die Bücherei derzeit befindet, eingebracht werden.

Begleitmaßnahmen

Wesentlich erachten wir, dass in Ried umgehend aktives Flächenmanagement betrieben wird – ob mit oder ohne neue Bücherei. Es darf nicht nur zugeschaut werden, wie nach und nach halbe Straßenzüge verwaisen, sondern es muss sich jemand professionell um dieses Problem kümmern. Bei einer Übersiedlung der Bücherei wäre der Rossmarkt ja sicher um einen Frequenzbringer ärmer. Dieses Problem muss angegangen werden.

Fazit

Wir GRÜNE haben versucht, unsere Vorstellungen auch den anderen Fraktionen im Stadtrat zu präsentieren, was jedoch aus verschiedenen Gründen immer wieder verschoben wurde. Da die Zeit aber ziemlich drängt, präsentierten wir unseren Vorschlag Anfang Juni der Presse. Die vielen positiven Reaktionen auf unseren Vorstoß haben uns ermutigt, uns weiterhin für unser Projekt einzusetzen, welches zukunftsweisend sein kann, wenn eine Mehrheit in den Gremien gefunden werden kann. Wir arbeiten dafür. Wenn Sie uns in dieser Arbeit - in welcher Art auch immer - unterstützen wollen, freuen wir uns über eine Kontaktaufnahme.

Umwelt in Kürze

Aus dem Umweltausschuss

Endlich umgesetzt wurde eine lange Forderung der GRÜNEN nach der Beleuchtung von Querungen im Stadtpark. Beim AMS und beim Konvikt bzw. Kindergarten Roseggerstraße bedeutet das jetzt größere Sicherheit auf dem nächtlichen Nachhauseweg.

Die Sanierung der Wege und Beete im neuen Stadtpark bedeutet größere Sicherheit und einen optischen Aufputz in unserer wichtigsten grünen Lunge.

Eine schöne Bereicherung des Stadtparks wird ein „starker Platz“ mit Basalt-säulen darstellen, der vom Kneippverein errichtet wird.

Ein Antrag auf Unterstützung für den Einbau von Dieselpartikelfiltern fand keine Mehrheit. Eine solche gibt es derzeit in Linz (100,- €).

Die Förderungen für Alternativenergieanlagen betragen nach wie vor 50% der Landesförderung.

Die starken Rückschnitte an den Landesstraßen gehen auf das Konto der Straßenmeisterei und werden mit Kosteneinsparungen begründet. Für uns ist diese Argumentation nicht einsichtig, da doch die AnrainerInnen hier über einen langen Zeitraum darunter zu leiden haben.

Problem Mobilfunk

Lagerhaus Dezember 2004



Lagerhaus Juni 2005



Vor einigen Wochen gab es laut Umweltabteilung der Stadtgemeinde ein Ansuchen der Firma tele.ring auf Errichtung eines Sendemastes im Bereich Hohenzellerstraße, Gesamthöhe fast 40 Meter!

Die Alarmglocken begannen zu läuten und Mag. Eckkramer gab der Betreiberfirma die Bitte weiter, sie mögen von einem derartigen Bauwerk Abstand nehmen. Das Ergebnis steht zu Redaktionsschluss noch aus.

Kein Einspruch möglich

Grundsätzlich besteht laut Telekommunikationsgesetz keine Mitsprachemöglichkeit der AnrainerInnen bei der Errichtung von Mobilfunkmasten. Und die von Gesetz wegen verordneten Grenzwerte sind so hoch, dass auch von dieser Seite her keine realistische Abwehrmöglichkeit besteht. Langfristig sehe ich nur die Per-

spektive, dass Menschen sich mit dem Phänomen Mobilfunk auseinandersetzen, ein kritisches Bewusstsein entwickeln und der Widerstand in der Bevölkerung so groß wird, dass einerseits Grenzwerte und die Mitsprache einfach vehement eingefordert und auch verwirklicht werden und andererseits wesentlich mehr Problembewusstsein im alltäglichen Umgang mit Mobiltelefonie entsteht. (Strengere Grenzwerte würden schwächere Sender nach sich ziehen, was gleichzeitig hieße, dass sie mehr würden. In der Folge müssten die Gebühren erhöht werden, was wiederum zu einer überlegteren Verwendung des Handys führen könnte.)

Ehrlicherweise muss zugegeben werden, dass die Situation sehr vertrackt ist. Wenn Sie ein Handy besitzen und es funktioniert oft nicht, sind Sie erbost und wollen den Anbieter wechseln. Der Grund liegt aber oft darin, dass Ihr Anbieter in Ihrer Umgebung zuwenig Kapazität bewältigen kann, weil eine Sendeanlage nur eine gewisse Anzahl von Gesprächen gleichzeitig abwickeln kann. Er möchte Ihnen (und sich selbst) aber gerne helfen und stellt Ihnen einen Masten vor die Nase ...

Darum ist wohl eines klar: Das Handy möglichst wenig zu verwenden hilft der eigenen Gesundheit und hilft auch, den Wildwuchs an Masten zu verhindern. Und wenn Sie davon andere auch noch überzeugen können, hilft das am meisten. Wir versuchen es auch immer wieder.

Die Situation in Ried

Auf dem Gemeindegebiet von Ried gibt es derzeit, laut www.senderkataster.at 10 Sendeanlagen, deren leistungsstärkste sich auf dem Postgebäude auf den Lughofergründen befinden. Anlagen mit (relativ) kleinen Sendeleistungen stehen in der Eberschwangerstraße (beim Bahnhof),

„mittlere Sendeleistungen“ erbringen die 3(!) Anlagen am Bauchinger-Silo sowie die Anlagen auf dem Lagerhaus (beim Bahnhof), auf der VKB (Stelzhammerplatz), auf Firma Meißl (Roßmarkt), am Kellerbräu sowie auf der Rieder Brauerei, am Kasernengelände sowie bei der Firma Doblhofer (Riedberg). Eine Erhöhung des Mastes in der Kaserne wurde übrigens auch schon angezeigt.

In diesem Zusammenhang messen wir dem richtigen Umgang mit der Mobilfunktechnologie große Bedeutung bei. Daher unterstützt der Umweltausschuss auf Anregung der GRÜNEN eine Aktion im Herbst, bei der die 10-14jährigen HauptschülerInnen zu einem kritischen Umgang mit dem Handy angeleitet werden sollen. Eine Vortragsserie in den Rieder Hauptschulen ist dazu geplant, weitere – auch höhere Schulen! – können sich an der Aktion ebenfalls beteiligen. Kontaktperson: GR Max Gramberger, Tel. 07752/86808.

Auch im Landtag setzen GRÜNE Initiativen zur Herabsetzung der Grenzwerte berichtet die Rieder LAbg. Maria Wageneder.

Der Schutz des Lebens vor möglichen Gesundheitsschädigungen ist auf Bundesebene geregelt. Deshalb richteten die GRÜNEN eine Resolution an Bundesminister Gorbach. Durch eine neue Bundesregelung nach dem Vorbild der Schweiz sollten die Grenzwerte von Mobilfunkanlagen reduziert werden.

Maria Wageneder fasst ihre Forderungen wie folgt zusammen:

- Mobilfunktechnologie ist gesetzlich derart zu regeln, dass es lediglich zur geringst möglichen Belastung der Bevölkerung kommt.
- Der Bund hat für eine umfassende Aufklärung über die möglichen gesundheitlichen Auswirkungen nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft zu sorgen.
- Die Erforschung hochfrequenter Strahlung mittels qualifizierter Studien ist voranzutreiben, um auf mögliche gesundheitliche Auswirkungen reagieren zu können.

Die SPÖ unterstützte diese Resolution nicht. Auch sieht Gesundheitslandesrätin Stöger (SPÖ) keine Veranlassung in Oberösterreich niedrigere Schwellenwerte zu empfehlen, was im Bundesland Salzburg, wo die SPÖ regiert, aber schon seit längerem der Fall ist.

Wenn Sie, geschätzte Grünspecht-LeserInnen, sich näher mit dieser Thematik befassen wollen, dann empfehlen wir Ihnen die Internetadresse:

<http://www.handywerte.de>.

Dort erfahren Sie näheres über die Strahlungswerte (SAR-Werte) aller Handytypen, aber auch über die Risiken von Schnurlostelefonen und sonstige Hintergrundinformationen.



GR Max Gramberger

Aus für die Mülltonne? - Ein Denkanstoß!



Die Müllgebühren geben im Umweltausschuss immer wieder Anlass zu Diskussionen. Ein Hauptaspekt ist dabei meist, wie es möglich wäre, die Müllgebühren gerechter zu staffeln. Nach allgemeinem Tenor sollte das Verursacherprinzip vermehrt zur Anwendung kommen.

Wer müllt, soll zahlen!

Wie aber könnte das funktionieren? Grundsätzlich gibt es verschiedene Modelle dazu. Da ist einerseits die Praxis der Müllverwiegung. Die Mülltonne wird vor und nach der Entleerung gewogen, die Differenz daraus ergibt das Müllgewicht. Dieses wird dann mittels Strichcode auf der Mülltonne und einem Lesegerät am Müllwagen auf einem Datenträger am Wagen gespeichert und später in das Abrechnungssystem übertragen. Dieses System funktioniert – wenn ich der Internetrecherche glauben darf – in manchen Gebieten Deutschlands recht gut. Darauf angesprochen, warnten mich aber einige Fachleute eindringlich vor der drohenden Gefahr des Mülldeponierens in fremden Tonnen. Und speziell in Wohnsiedlungen wäre der Müll nicht zuzuordnen und daher würde das System dort nicht den Effekt erreichen, für den es eigentlich gedacht wäre . . .

Neue Technik

Herr Mag. Eckkramer, u. a. Leiter der Rieder Mini-Umweltabteilung, brachte vor einigen Wochen interessante Informationen aus einer Fachmesse in den Umweltausschuss. Er stellte uns ein Müllsammelsystem vor, das eine mengenmäßige Erfassung und Zuordnung zu einzelnen Haushalten ermöglicht und folgendermaßen funktioniert:

Jeder Haushalt erhält eine eigene Chipkarte sowie eine Reihe von Müllsäcken. Ist der Müllsack voll, so schnappt mensch ihn und die Chipkarte und bringt ihn zur nächstgelegenen Müllsammelstelle. Diese besteht aus einem einige m³ großen unterirdischen Behälter mit oberirdi-

schem Einwurfschacht. Mit der Chipkarte erfolgt die Anmeldung und das Öffnen eines Faches, das der Größe eines Müllsackes entspricht. In diesen verstaut mensch seinen Müllsack und schließt das Fach von Hand. Sobald das Fach ganz geschlossen ist, fällt der Müll in den Behälter und es wird eine Einheit verbucht. Wenn im Behälter ein gewisser Füllstand erreicht ist, wird automatisch der Entsorger verständigt. Der Müllabfuhrwagen besteht aus einer Müllpresse und einem Kran, der den Behälter aus dem im Boden befindlichen Gehäuse hebt, in die Müllpresse entleert und wieder an den ursprünglichen Platz zurückstellt. Dies kann von einer Person erledigt werden. Die Abrechnung basiert auf der Menge des eingeworfenen Mülls.

Vorteile eines solchen Systems

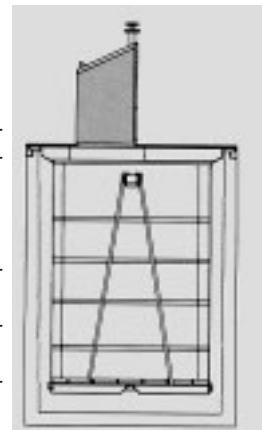
Der eingeworfene Müll wird eindeutig zugeordnet. Jeder Haushalt zahlt nur jenen Betrag, den er produziert. Es besteht somit ein hoher Anreiz zu Müllvermeidung und Trennung. Kostenersparnis durch geringere Personalkosten, schnellere Entleerung wegen wesentlich weniger Stationen. Die Abfuhr kann nicht mehr übersehen werden. Das Rangieren der Mülltonne entfällt. Platzersparnis durch die unterirdische Aufbewahrung des Mülls.

Der Müll kann an allen dafür geeigneten Containern im Gemeindegebiet eingeworfen werden.

**Nachteile dieses Systems**

Die Sammelstellen befinden sich meist nicht direkt vor dem Haus. Die Abrechnung erfolgt rein über das Volumen, eine Verwiegung ist bei diesem System nur unter großem Aufwand möglich. Es wird

jedes Mal eine ganze Einheit verbucht, eine Unterscheidung zwischen vollem und halb-leerem Inhalt des Faches ist nicht möglich. Der Investitionsaufwand in ein neues System belastet das Budget. Sicher ließen sich noch weitere



Nachteile aufzählen. Es sollte aber auch nicht außer acht gelassen werden, dass die jetzt meist verwendeten Blechtonnen nicht den arbeitsrechtlichen Vorschriften entsprechen und sowieso innerhalb der nächsten Jahre ausgetauscht werden müssten.

Persönlich möchte ich noch anmerken, dass mir als Gerechtigkeitsfanatiker das vorgestellte System relativ klar und durchdacht vorkommt und vor allem auch einen hohen Anreiz zum Trennen und Vermeiden enthält. Es zeigt sich ja immer wieder, dass vor allem finanzielle Zuckerl die Massen zu einem entsprechenden Handeln bewegen können. Dass dabei auch die Gefahr besteht, dass wildes Deponieren wieder zunimmt, ist nicht von der Hand zu weisen. Ich glaube aber an die Vernunft und die Bereitschaft der BürgerInnen, konstruktiv an Lösungen unserer Probleme mitzuarbeiten. Und wenn sich das dann auch in der Geldbörse auswirkt, ist die Motivation dazu sicher noch größer.

Ihre Meinung?

Was denken Sie zum Thema Müllvermeidung und Entsorgung? Haben Sie Ideen, Vorschläge, Kritik? Wir interessieren uns für Ihren Standpunkt. Schreiben Sie uns, rufen Sie uns an, sagen Sie uns Ihre Meinung.

Damit man draussen erfährt, was drinnen passiert



DIE GRÜNEN

RIFArad neu!

Der Begriff RIFArad war im letzten Jahr eher negativ besetzt. Das Projekt, bei dem nach dem Einkaufswaengerprinzip Fahrräder benutzt werden können, drohte durch Vandalismus zu scheitern.

„Das darf nicht sein“, meinte auch Umwelt-Gemeinderat Max Gramberger und brachte seine Überlegungen in Vorstandssitzungen der RIFA ein, wo auch schon intensiv an einem neuen Projekt gearbeitet wurde. „Ich bin selber überzeugter Radfahrer und glaube, dass das Radeln im Alltag einen oft unterschätzten Beitrag zur Lösung mancher Probleme leistet. Es ist gesund, kommunikativ und natürlich ökologisch. Und Ried hat eine optimale Größe, um mit dem Rad oft sogar schneller zu sein als mit dem Auto“, bricht er eine Lanze für den Drahtesel. Bei der RIFA steht natürlich der Aspekt der Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt im Vordergrund und dieser wird von dem neuen (und auch dem alten) Projekt erstklassig erfüllt. Der grundlegende Unterschied liegt in der Idee, die Räder für längere Zeit zu verleihen und sie in dieser Zeit in die Verantwortung des Ausleihenden zu übergeben. Deswegen wird auch gleich ein Rad-schloss mit verliehen. 3 Varianten werden dabei angeboten:

1. Das Schulrad kostet für ein Jahr 20 Euro. Bei Reparaturen in der RIFA sind nur die Materialkosten zu bezahlen. Es wird an SchülerInnen verliehen.
 2. Das Stadtrad richtet sich an Erwachsene und kostet 40 Euro. Reparaturkosten werden wie beim Schulrad geregelt.
 3. Die Luxusvariante stellt das Kanzlei(h)-rad dar. Es wird zugestellt und im Falle einer Reparatur abgeholt, hat einen fix montierten Einkaufskorb und kostet 70 Euro. Der große Vorteil eines RIFArades liegt darin, wirklich jederzeit ein fahrbereites Rad zur Verfügung zu haben. Im Falle einer Reparatur kann nämlich sofort ein anderes Rad benützt werden. Das leidige Problem des „Patschens“ oder der nicht funktionierenden Lichtanlage ist jetzt schnell und einfach gelöst.
- Wenn Sie sich für eine Variante des RIFArades interessieren, können Sie unter Tel. 82213 nähere Infos einholen und auch gleich ein Rad bestellen.



Vier Grüne und ein RIFArad

Streetwork

Mobile Jugendarbeit im Bezirk Ried



Jakob Kandlbinder

Streetwork ist aufsuchende soziale Arbeit im niederschweligen Bereich.

Das bedeutet, dass das Angebot an möglichst wenig Vorleistungen (Problem-bewusstsein, Einhalten von Verbindlichkeiten, Abstinenz . . .) der KlientInnen gebunden ist. „Die Straße“ ist das Synonym für die Lebenswelten der Zielgruppen.

Die Arbeit richtet sich an Einzelpersonen und Gruppen von 13 - 25 Jahren, die bestehende Hilfesysteme nicht in Anspruch nehmen oder nehmen können bzw. durch bestehende einrichtungsgelundene Angebote nicht oder nicht ausreichend erreicht werden. Bei aller Verschiedenheit haben die Zielgruppen den Aspekt der sozialen Benachteiligung gemeinsam.

Die StreetworkerInnen nehmen die KlientInnen mit all ihren Stärken und Problemen im Kontext ihrer Lebenswelten und sozialen Bezüge wahr und sind Ansprechpersonen für die gesamte Breite auftretender Fragen. Die Kontaktaufnahme, die Dauer und Intensität des Kontaktes werden von den KlientInnen (ohne Sanktionen) entschieden. Die Rieder StreetworkerInnen sind für den Bezirk zuständig. Ihre Arbeitsbereiche bestehen aus 5 Säulen (Kernleistungsbereiche):

Szenepräsenz = Hineingehen in die Lebenswelt der KlientInnen, Kontakte knüpfen und pflegen.

Soforthilfe = Kurzfristige Stabilisierung, Abdeckung von Grundbedürfnissen.

Langfristige Unterstützung = Stabilisierung der Persönlichkeit, Entwicklung eigener Zielvorstellungen, Unterstützung der sozialen Integration.

Freizeit und Projekte = Möglichkeiten positiver Selbstdarstellung, Integration im öffentlichen Raum.

Sozialräumliche Analyse = Förderung einer konstruktiven Kommunikations- und Konfliktkultur. Verbesserung der Infrastruktur für die KlientInnen.

Das heißt, die Rieder StreetworkerInnen sind regelmäßig auf allen öffentlichen Plätzen unterwegs. Sie garantieren mit



Kerstin Hofstätter

ihrer flexiblen Arbeitszeit schnelles Handeln bei Krisen von jungen Menschen und begleiten, beraten und vermitteln ihre KlientInnen, wenn diese es wünschen. Die Rieder StreetworkerInnen setzen sich mit präventiven Maßnahmen für sinnvolle Freizeitgestaltung der Jugend ein: So gibt es neben dem Büro und der Anlaufstelle auch einen Freizeitraum, der 2x wöchentlich für alle Jugendlichen offen ist. Auch der sportliche Austausch ist ihnen wichtig: 1x wöchentlich werden regelmäßig mit den Jugendlichen Fußball- und Basketballspiele sowie andere Sportarten durchgeführt; so werden auch Turniere von den Streetworkern entweder selbst veranstaltet oder auch mit den Jugendlichen gemeinsam in anderen Bezirken besucht.

Die StreetworkerInnen legen Wert auf gute Zusammenarbeit mit allen Einrichtungen, Behörden und Servicestellen im Bezirk Ried damit durch die Kommunikation und Information mit den verschiedenen Institutionen eine Verbesserung/Stabilisierung der Situation der KlientInnen erreicht werden kann.

Die StreetworkerInnen bekennen sich zu einem demokratischen Grundverständnis. Das bedeutet für sie ein konstruktives Zusammenleben von unterschiedlichen Kulturen und Lebensweisen und eine soziale, kulturelle und materielle Grundversorgung jedes Menschen. Sie gehen davon aus, dass jeder Mensch das selbe Recht auf Achtung und Wertschätzung seiner Person hat.



Streetwork Ried-Verein I.S.I.
Linzer Gasse 03, 4910 Ried,
T/F: 07752/81601
Mobil: 0664/2344214
Email: ried@streetwork.at
Web: www.streetwork.at

Dr. Wolfgang Pirker

Die EU ist schuld!

Eigentlich sollte an dieser Stelle ein Artikel über 20 Jahre GRÜNE in Ried zu lesen sein. Das habe ich im letzten Grünspecht versprochen. So war es auch geplant. Bis vor kurzem. Dann kam Frankreich. Und Holland. Mit der EU-Verfassung. Die Ergebnisse sind bekannt. Die Folgen auch. Und meine Prioritäten haben sich verschoben. Nun gibt's keinen Artikel über die Geschichte der GRÜNEN. Und schuld ist die EU.

Dafür gibt's einen Kommentar über die Geschichte Österreichs. 10 Jahre in der EU. Denn trotz Verfassungsdilemma bleibt Fakt, dass wir dabei sind. Formal zumindest. Obwohl wir das eigentlich eh nie so richtig wollten, oder? Hört man sich in diesen Tagen ein wenig um, so entsteht der Eindruck, als hätte man uns regelrecht zur Abstimmung gezwungen. Ordentlich manipuliert zumindest. Damals, im 94er Jahr des vergangenen Jahrtausends. Aber wer war schuld? Na, die EU. Und der Alois Mock. Der „Mister Europa“, wie sie ihn nannten und groß feierten. Welch trauriger Titel aus heutiger Sicht. Und die Gitti. Die Ederer. Auch sie warnte uns vor dem „Draussen bleiben“. „Gemeinsam statt einsam“ lautete die Devise. Und einen Tausender versprach sie. In Schilling. Da konnte doch fast niemand nein sagen. Und so stimmten in Österreich über 66% dafür. Alois gab Gitti das legendäre „Europa-Bussi“. Und Erhard Busek sang mit Franz Vranitzky – nicht minder legendär - die Internationale. Ich war nicht dafür, sondern dagegen. So wie Johannes Voggenhuber und die meisten GRÜNEN. Wir hofften, mit Finn-



land und Schweden die EU „von außen“ zu verändern. Zu demokratisieren. Mehr Sozial-, statt nur Wirtschaftsunion. Und mehr Umwelt sowieso. Doch wir wurden überrollt. Friede wurde versprochen. Sicherheit. Wohlstand. Und Freiheit: Für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Das ist nun über 10 Jahre her. Und irgendwie hab ich mich gewöhnt. An die EU. Den Volksentscheid von damals. Dachte, so ist eben Demokratie. Die Mehrheit hat entschieden. Fuhr nach Paris und Rom und Amsterdam, Florenz, Siena und Berlin. Nach Irland und nach Portugal. Mit Euro, ohne Pass. Sehr schön und irgendwie eh angenehm. Das Gefühl, „Man ist dabei!“

Eine Verfassung für Europa

Und Europa veränderte sich weiter. Nach dem von vielen Menschen herbeigesehnten Zerfall der Sowjetunion, nach dem Ende des Kommunismus, nach der Neu-

gestaltung Osteuropas, nach dem Krieg in Ex-Jugoslawien, nach der Osterweiterung und der Zunahme der EU auf 25 Staaten und nach den vielen Verträgen, die im Laufe der 50-jährigen Geschichte der EU entstanden sind, sollten nun über 700 Artikel auf rund 460 reduziert werden. Einfacher und verständlicher sollte ein einheitlicher Vertrag zur „Verfassung für Europa“ geschlossen werden. Die neuen Spielregeln für ein friedliches Miteinander. Doch gut? Die EU als eigene Rechtspersönlichkeit. Die Stärkung des Europäischen Parlaments, der einzigen von den BürgerInnen direkt gewählten EU-Institution. Verbessertes Rechtsschutz. Bessere Bürgerinformation. Stärkere Einbindung der nationalen Parlamente. Formulierung gemeinsamer Werte und Ziele der EU-Mitgliedstaaten. Die Charta der Grundrechte. Die Unionsbürgerschaft. Mehr direkte Demokratie, Bürgerrechte innerhalb der EU. Neuer Status des Europäischen Rates, des Ministerrates und der Kommission. Mehr Sicherheit, mehr Sozial- und Umweltpolitik und eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Ein EU-Außenminister. Dies alles mit dem Ziel, sich zu einer immer engeren Union zu verbinden und auf der Grundlage gemeinsamer Werte eine friedliche Zukunft zu teilen, wie es in der Präambel zur Charta der Grundrechte steht. Dies alles - und noch viel mehr - ist abgedruckt in einer 60-seitigen Broschüre, die im Mai an jeden (?) Haushalt in Österreich geschickt wurde. Mit lieben Grüßen von Bundeskanzler Schüssel und Außenministerin Plassnik.

Was sagen die GRÜNEN?

Johannes Voggenhuber war Mitglied im Konvent (Versammlung) zur Zukunft Europas, der den Vertrag über eine Verfassung der Europäischen Union erarbeitet hat. Und in einem von der Fraktion der Europäischen GRÜNEN bereits am 15.11.2004 beschlossenen Antrag



Wohin führt der Weg?

schreibt er: „Wir, die europäischen GRÜNEN befürworten die Annahme der vorgeschlagenen Verfassung für Europa als einen ersten Schritt im europäischen Verfassungsprozess, der in vielem ungenügend, aber ohne Alternative ist. Die Mängel dieser Verfassung werden nicht verkannt, denn eine europäische Sozialordnung kommt nicht zustande, wodurch die Union die Antwort auf die Gefahren der Globalisierung schuldig bleibt. Auch die europäische Demokratie ist unvollständig. Wesentliche Aufgaben verbleiben in bloßer Regierungszusammenarbeit. Die Handlungsfähigkeit der Union kann nach wie vor durch ein nationales Veto blockiert werden. Und die europäischen GRÜNEN bedauern, dass die europäischen BürgerInnen die Verfassung nicht selbst in einer gesamteuropäischen Volksabstimmung annehmen können.“ Daher sehen die GRÜNEN ihre Aufgabe in der Veränderung der Verfassung, aber nicht in ihrer Verhinderung. Und daher werden die europäischen GRÜNEN das erste europäische Volksbegehren initiieren und wollen damit die BürgerInnen für ein „First Amendment“ (Änderungsantrag) zur Verfassung gewinnen, zum Ausbau der europäischen Demokratie, zur Errichtung einer Europäischen Friedensordnung und eines Raumes der sozialen Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ein Vorhaben, das natürlich die Annahme des derzeit vorliegenden Verfassungstextes in allen 25 EU-Staaten voraussetzt. Danach sieht es aber nach den Ereignissen der letzten Wochen und Tage nicht aus.

Wer kennt sich aus?

„Dieser Verfassungstext über Europa. Klingt ja schön und gut. Aber so kompliziert! Da kennt sich keiner aus! Und viel zu lang ist er!“ Empören sich viele Gegner. Muss man wohl zur Kenntnis nehmen.

Doch wo, bitte, kennt sich denn der Bürger aus? Die Bürgerin? Etwa bei der Oberösterreichischen Gemeindeordnung? Bei den Landesgesetzen? Davon gibt's gleich neun im kleinen Österreich. Für jedes Bundesland. Oder die Österreichische Bundesverfassung. Schon einmal gelesen? Alles bürgerleicht? Und überhaupt stellt sich die Frage: Ist der Unterschied zwischen EU-Parlament, Ministerrat und Kommission so viel schwerer zu verstehen als jener zwischen Nationalrat, Bundesrat und Regierung in Österreich? Die EU-Verfassung ist kein fertiges Werk. Und sie ist ein Kompromiss. Der Konvent versammelte die Visionen, Entwürfe und Erwartungen, aber auch die verschiedenen Interessen, Machtansprüche und Ideologien zu Europa. Und daraus wurde der „derzeit größtmögliche gemeinsame europäische Nenner“. Nicht mehr, und nicht weniger.

Sündenbock EU

Doch die EU ist schuld. An der Arbeitslosigkeit. Am Verkehrsaufkommen. Dass alles teurer wird. Sie ist schuld an der Zuwanderung von Menschen. An der Abwanderung von Betrieben. An der sozialen Kälte. An der Kriminalität. An der Globalisierung. Überhaupt am Kapitalismus. Vielleicht auch am Spritpreis. An den Kasernenschließungen. Am Wetter. Am Computervirus und am schlechten Handyempfang ... Ein klassischer Sündenbock, der da erfolgreich konstruiert wurde. Von wem? Vor allem von nationalen Provinzpolitikern und Populisten, die bei jeder Gelegenheit auf Brüssel hinhauen, sich aber nicht genieren, gute Nachrichten, die es ja auch gibt, als eigene Erfolge zu verkaufen. Von Politikern, die sich dafür einsetzen, dass die EU von den Mitgliedstaaten möglichst wenig Geld bekommen, aber hohe Förderungen an diese ausschütten soll. Die EU-Politik nach dem Motto machen wollen „Wenig zahlen, viel kassieren!“ und sich dann über die negative Stimmung wundern, wenn die Rechnung einmal nicht aufgeht. Kommissionspräsident Barroso hat wohl recht, wenn er frustriert feststellt: „Da wird von Montag bis Samstag Europa kritisiert und am Sonntag erwartet, dass sich die Menschen zu diesem Europa bekennen.“ Wie soll das auf Dauer funktionieren? Und wie sollen da neue europäische Führungspersonlichkeiten heranwachsen? Welches Ansehen genießen ehemalige, wie beispielsweise der Ex-Agrarkommissar Franz Fischler? In Österreich? Oder in seiner eigenen Partei? Wer kennt denn überhaupt die österreichischen Abgeordneten zum EU-Parlament? Von „ausländischen“, auch wenn sie jener Partei angehören, die man selbst gewählt hat, ganz zu schweigen. Wieviel Europa hat denn überhaupt Platz in unseren Köpfen und Herzen. Wieviel „Wir sind Europa-

Gefühl“ kann da wohl entstehen. Und welchen Beitrag leisten dazu die Medien?

Wie weiter?

Mehr oder weniger Europa?

Nach den negativen Volksabstimmungen in Frankreich und Holland ist zwar nicht alles, aber vieles anders. Der Ratifizierungsprozess ist arg ins Stocken geraten. EU-freundliche Regierungen drohen abgewählt zu werden. EU-Kritiker haben Zulauf. So sieht in Österreich FP-Chef Strache durch die Abstimmungen in Frankreich und Holland die Neutralität gerettet. Sozialdemokraten wollen eine Kehrtwende in der EU-Politik, was immer damit gemeint sei. Bundeskanzler Schüssel sieht die EU ohne Verfassung in eine Krise schlittern und verweist auf den Vorteil der Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedsländer. Eva Glawischnig-Pieszek von den GRÜNEN befürchtet den Rückfall in alte Nationalismen und kritisiert die Staats- und Regierungschefs, die immer wieder Harmonisierungsversuche verwässern würden. Ja, Europas Demokratie ist immer noch unterentwickelt, die EU noch keine Sozialunion und lasse eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung vermissen. Doch um diese Defizite auszugleichen, brauche man nicht weniger, sondern mehr Europa, meint sie. Und auch für Johannes Voggenhuber und Alexander van der Bellen liegt die Schuld für die negative Haltung vieler EuropäerInnen gegenüber der EU-Verfassung bei den nationalen Regierungen. Diese haben einerseits die Arbeit im Konvent blockiert und viele Verschlechterungen verursacht, und andererseits im eigenen Land zu wenig informiert. Sie haben die EU-Verfassung im Stich gelassen. Daniel Cohn-Bendit, Ko-Vorsitzender der GRÜN-Fraktion im EU-Parlament, ist gegen einen Abbruch des Ratifikationsprozesses, wenn er meint, „dass die Völker



Wer stellt die Weichen?

Europas ein Recht darauf hätten, ihre Meinung zum Verfassungsvertrag zu äußern“. Allerdings, meint er, sollte nun das Europäische Parlament der Ort werden, wo die Debatte der Europäer über Europa beginnt. Schließlich sitzen dort die einzigen vom Volk gewählten EU-PolitikerInnen.



Wieviel Mauer ist noch in unseren Köpfen?

Ja, und vielleicht sollte abschließend auch wieder einmal daran erinnert werden, weshalb die EU eigentlich gegründet wurde, nämlich um Kriege zu verhindern. Doch diese idealistische Betrachtung, die auf Aussöhnung und Völkerverständigung ausgerichtet war, wurde mittlerweile bei vielen Menschen und PolitikerInnen abgelöst von der nüchtern wirtschaftlichen Betrachtung, die kühl rechnet und fragt: „Was bekomme ich von Europa?“ Und schon fragen sich politische Beobachter, ob der europäische Traum von der Vertiefung ausgeträumt ist und ob der Zusammenbruch der EU und der Rückfall in nationales Agieren bevorsteht. Es wäre schade, denn jenseits der EU geht das Leben auch weiter. Und was da unter dem Stichwort „Globalisierung“ noch auf uns zukommt, erfordert ohnedies eine neue Kraftanstrengung. Ob wir als ÖsterreicherInnen etwa nach dem Motto „Was brauchen wir die EU“ erfolgreicher wären? Ich wage es zu bezweifeln ...

Und was wird aus der Geschichte „20 Jahre Rieder GRÜNE“? Die wird nachgeliefert. Im nächsten Grünspecht. Als Sonder-Grünspecht. Mit viel Bildmaterial. Wegen Umfang und damit verbundener Kosten allerdings nur an Interessierte. Wir wollen keine Wegwerf-Geschichte produzieren. Dafür wird sie persönlich überreicht. Am 3. September 2005. Beim Tag der offenen (Büro)-Tür. Im neuen GRÜNEN Büro, Bahnhofstraße 20. Wir laden Sie ein und freuen uns . . . Und für jene, die verhindert sind? Kein Problem. Telefonische Bestellung (07752/87483) oder per e-mail unter ried@gruene.at.

„Ried(er) 1945“ - Ein etwas anderes Schulprojekt

Eine Zeitzeugin erzählte einem 15-jährigen Schüler im Gespräch wie sie im Mai 1945 zur Räumung der Rieder Panzersperren eingesetzt wurde.

Etwa zur gleichen Zeit trat ein junger Mann aus dem Bezirk Ried seine Reise in das tausende Kilometer entfernte Sibirien an um dort zu büßen, was Wehrmacht und SS in Russland angerichtet hatten. Wenige Monate zuvor hatte ein junger Rieder Bub während der Aufräumarbeiten beim bombengeschädigten Bahnhof einen Splitter einer amerikanischen Fliegerbombe mitgenommen. Eine andere Riederin erzählt von Flucht, Vertreibung und Gewalt, eine alte Frau erinnert sich an das Rieder Essen ihrer Kindheit: Katzen, weil es nichts anderes mehr gab. Erkenntnisse einer regionalen Historikerkommission? Nein. Es ist die Forschungsleistung jener Schüler, die sich am Projekt „Ried(er) 1945“ beteiligten.

Das Festhalten von Erinnerungen ist Ergebnis eines geschichtlichen Projektes, das zwei Lehrer und eine Lehrerin an unterschiedlichen Rieder Schulen mit ihren 14-16-jährigen Schülerinnen und Schülern durchführten. Das Projekt wurde von vielen Firmen und Organisationen unterstützt. Auch die Rieder GRÜNEN gehören zu den Förderern. Wir glauben, dass die forschende Erarbeitung der unmittelbaren Zeitgeschichte – gerade wenn es um Ried geht – eine spannende und förderungswürdige Angelegenheit ist.

Die Arbeit der jungen Menschen verfolgt dabei mehrere Ziele: Zum einen sollte ein Dialog der Generationen stattfinden. Zum anderen wollten die LehrerInnen und SchülerInnen mit diesem Projekt jene Menschen zu Wort kommen lassen, deren Erinnerung vermutlich nie von Historikern dokumentiert worden wäre. Schließ-

lich kann es ungemein bereichernd sein, die Schüler im Geschichtsunterricht auch mal als Forscher auftreten zu lassen - sie am Entstehungsprozess von geschichtlichen Quellen teilhaben zu lassen.

Dieser Dialog, diese Gespräche fanden mit Menschen statt, die heute in der Stadt Ried oder im unmittelbaren Umfeld leben. Diese Menschen erinnern sich: Viele an die Verhältnisse in Ried, manche an die triste Zeit der Gefangenschaft. Sie schildern Flucht, Vertreibung und Elend. Andererseits beschreiben sie auch die Hoffnung auf Wiederaufbau und den Wunsch, dass es irgendwie doch wieder weitergeht. „Die Vergangenheit ist vergangen, nichts und niemand kann Geschehenes ändern.“, so der Rieder Historiker und Lehrer Hannes Eichsteiner. „Vielfach ist sogar fraglich, ob Geschichte lehrreich ist. Das Bachmann-Zitat von der Geschichte, die keine Zuhörer findet, kommt nicht von ungefähr. Was Geschichte sehr wohl leisten kann, ist das Erkennen der Qualität des eigenen Lebens oder wie es eine Zeitzeugin einmal formulierte: „Ich hoffe, dass unsere Nachfahren wissen, in welcher goldenen Zeit sie leben.“ Im Vergleich zum Leben vor 60 Jahren können wir unser eigenes Leben definieren und historisch werten. Diesem Zweck dienen die skizzierten Lebensgeschichten.“ Umrahmt werden die Interviews von „Infoboxen“, welche die „harten Fakten“ zu den Erzählungen liefern, etwa wenn es um die Anzahl der NS-Mitglieder in der Stadt Ried geht oder die Frage nach dem Schicksal der Rieder NS'ler in der Nachkriegszeit gestellt wird. Die Broschüre ist ab 1. Juli 2005 bei der Stadtgemeinde zu beziehen, kann aber auch direkt in der Direktion der Polytechnischen Schule Ried erworben werden.



Wohin führte sein Weg?



GR Dr. Benno Wageneder HC und Dimitré

Mitte Mai gaben sich zufällig zwei Männer aus Wien ein Stelldichein in Ried. Beide, etwa im selben Alter, bemühten sich redlich, das Rieder Publikum bestens zu unterhalten

Der eine in der Bauernmarkthalle, der andere im KIK. Einer, angeblich mit Rückgrat und Charakter, der andere sicher eine literarische Neuentdeckung. Dem Literaturnetzwerk sei dank. Ginge es nach Heinz Christian Strache, Bundesparteiohmann der originalen FPÖ, hätte der zugereiste Dimitré Dinev in Österreich wohl keine Chance gehabt. Schließlich setzt Strache auf harte Ausländerpolitik, denn „Wien darf nicht Istanbul werden“. Nicht aus Istanbul, aber aus Bulgarien flüchte-

te Dinev, der mit einem unüberbietbaren Wortwitz seine Erfahrung mit dem real existierendem Kommunismus, dessen Zusammenbruch und der Migration in den Westen in seinen Erzählungen und im Roman „Engelszungen“ in deutscher Sprache verarbeitet. Dimitre Dinevs Bücher sind eine Bereicherung der österreichischen Literatur. Sie würden uns fehlen. So wie viele andere sogenannte Wahlösterreicher und Wahlösterreicherinnen auch, die wir schätzen gelernt haben: Auf dem Fußballfeld, auf der Baustelle, als Kebabverkäufer, Pizzabäcker etc. Aber eines ehrt die Rieder FP-Fraktion doch: Sie laden nicht nur Strache ein, um sich von Orange abzugrenzen, sie stimmen auch nicht gegen eine Subvention fürs KIK und ermöglichen so doch auch den Kontrast. All jenen, die im Urlaub ein spannendes Buch lesen wollen, seien „Engelszungen“ von Dimitré Dinev in die Reisetasche gelegt.

Zukunft und Megatrends

Bürgermeister Albert Ortig, in führender Funktion in der Inn-Salzach-Euregio aktiv, lud ein zu einem Vortrag in den Geburtsort des Papstes, nach Marktl am Inn.

Als Zugpferd dieser Veranstaltung wurde die Zukunftsforscherin Anette Huber, Partnerin des Zukunftsforschers Matthias Horx, eingeladen oder besser gesagt eingeflogen. In zweimal 45 Minuten präsentierte sie wertfrei die Megatrends der Zukunft und hielt das Publikum in Atem. Im Gegensatz zur Inn-Salzach-Euregio tut die Stadtgemeinde ansonsten wenig für die Zukunft. Es gibt weder ein neues Leitbild noch werden Zukunftswerkstätten veranstaltet, in der Visionen für die Stadt Ried entwickelt werden.

Nationalratswahl

Die Innviertler GRÜNEN sind für die Wahlbewegung der kommenden Nationalratswahl gut vorbereitet.



Bereits Mitte Juni wählten sie ihr Team mit Joachim Kana an der Spitze. Kana, der in Mörschwang lebt und in St. Martin als Lehrer tätig ist, wurde von der Landesversammlung der OÖ GRÜNEN, am 4. Juni 2005 in Steyermühl, auf Platz 6 gewählt. Somit ist er Spitzenkandidat auf der Wahlkreisliste Innviertel.

Der Hauptschullehrer Kana ist Leiter der Kulturinitiative „Unart St. Martin“ und seit Jahren auch sozial engagiert, vor allem in der Albanienhilfe. Dafür wurde ihm vom Land OÖ und von der OÖ Rundschau im Herbst 2002 der „Florian“, der Preis für Zivilcourage verliehen.

„Ich gehe voll motiviert in den Wahlkampf.

Zu Besuch bei Josef Hofer

Wer ist er, werden viele fragen. Gehörlos. Mehrfach behindert. Aber akribisch genau und präzise, wenn es um das Malen geht.

Ein Künstler mit großer Ausdruckskraft, dessen kreatives Schaffen im Jahr 2004 mit dem „1. Preis des Euward – Europäischer Kunstpreis für Malerei und Graphik von Künstlern mit geistiger Behinderung“ gewürdigt wurde. Josef Hofer wurde im Kriegsjahr 1945 in Wegscheid geboren. Aufgewachsen im Mühlviertel, unweit von Schloss Hartheim und Mauthausen, war sein Schicksal von der Nazi-Diktatur geprägt. Die Angst vor der Verfolgung und Vernichtung steckte tief in seinen Eltern. Aus diesem Grund wurde Josef Hofer beinahe 40 Jahre von seinen Eltern isoliert. Zum Schutz und aus Angst vor Spott. Nicht besonders in seinen Fähigkeiten gefördert, trotzdem zeichnete er mit Bleistift schon in jungen Jahren, die Welt

ihm vertraut war: Felder, Pferde und Leiterwägen. Über Kirchschlag und Linz kam Josef Hofer 1992 nach Ried in die Tageswerkstätte der Lebenshilfe Ried. Dort besucht er die Zeichen- und Malgruppe. Mit der bildlichen Darstellung der männlichen Sexualität bricht er ein noch immer bestehendes Tabu. Doch für Hofer handelt es sich dabei um die natürlichste und alltäglichste Sache der Welt. Gezeichnet mit großer Gelassenheit und beeindruckend durch die nüchterne Sachlichkeit. Josef Hofer ist ein Künstler, der sich nicht vereinnahmen lässt. Frei von sozialem und kulturellem Druck lebt er die „Freiheit der Kunst.“



Ich möchte im Innviertel soviel GRÜN in der Politik, wie GRÜN in der Landschaft“, legt sich Kana die Latte hoch. Auf den Plätzen 1 bis 12 der Wahlkreisliste Innviertel wurden folgende Personen gewählt:

1. Joachim Kana - St. Martin
2. Mag. Ingrid Baumann - Diersbach
3. Fritz Schmid - Braunau
4. Julia Csongrady - Ried im Innkreis
5. Clemens Schnaitl - Eggelsberg
6. Anna Miglbauer - Schärding
7. Johann Oblinger - St. Georgen/Obernberg
8. Lizeth Camposeco-Ausserhuber - Braunau

9. Maria Wageneder - Ried im Innkreis
10. Dr. Oskar Bertl - Braunau
11. Andreas Zebisch - Schärding
12. Mag. Edeltraud Grlinger - Eberschwang

Gemeinsames Ziel der GRÜNEN ist es, bei der nächsten Nationalratswahl erstmals die drittstärkste politische Kraft in Österreich zu werden.

OÖ Spitzenkandidatin ist wieder NR Drⁱⁿ Gabriela Moser vor DI Dr. Wolfgang Pirkhuber, Drⁱⁿ Ruperta Lichtenecker, Mag. Stefan Hindinger, Ute Fanta und Joachim Kana.



Stadtrat David Demiryrek

Rathausgasse: BH gibt GRÜNEN recht

Zu Beginn des Jahres 2005 wurde die Politik mit der Forderung mancher Wirtschaftstreibender konfrontiert, die Rathausgasse wieder für den Kraftfahrzeugverkehr zu öffnen.

Begründet wurde dieses Anliegen damals mit dem Argument, dass damit der untere Rossmarkt wirtschaftlich belebt werden könnte. Ursprung des Gedankens: Wenn man mit dem Auto bei den Geschäften vorbeifährt, sieht man sie. Und wenn man sie sieht kauft man dort auch wieder. Auch mancher politische Mandatar auf Gemeinderats- und Stadtratsebene hat sich dieser Argumentation angeschlossen. Wir GRÜNE konnten dem bisher nicht folgen und halten sie für nicht schlüssig.

Als Verkehrsstadtrat habe ich mich seit Jahren strikt gegen die Öffnung der Rathausgasse für den Kraftfahrzeugverkehr ausgesprochen und zwar mit folgender Begründung:

1. Der Autoverkehr ist kein Allheilmittel für höhere Umsätze in der Innenstadt.
2. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hätte durch die Öffnung einen massiven Nachteil erfahren.
3. Die schwächsten Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Radfahrer, Rollstuhlfahrer, etc.) hätten sich dem Kraftfahrzeugverkehr unterordnen müssen.

4. Der Rossmarkt kann nicht durch eine offene Rathausgasse revitalisiert werden, sondern nur durch ein ausgeklügeltes Konzept, das den Strukturwandel mitberücksichtigt und Perspektiven aufzeigt.

5. Die „Einkaufsstadt Ried“ braucht ein breit angelegtes Revitalisierungskonzept und keine Insellösungen.

Natürlich wurde diese Angelegenheit auch im Verkehrsausschuss behandelt und zur Begutachtung an die Verkehrsabteilung der Bezirkshauptmannschaft Ried - mit der Bitte um gutachtliche Stellungnahme - weitergeleitet. Die BH Ried hat einen verkehrstechnischen Amtssachverständigen beauftragt die Situation zu bewerten und eine Empfehlung abzugeben. Nur die BH Ried hätte letzten Endes die Möglichkeit, die Rathausgasse wieder für den Kraftfahrzeugverkehr zu öffnen. Fahrverbote bzw. die Aufhebung dieser, unterliegen ausschließlich der Kompetenz der BH Ried.

Die Stellungnahme der BH Ried bzw. die Ausführungen des verkehrstechnischen Amtssachverständigen liegen nun vor und besagen: „Es ist nicht beabsichtigt, das Fahrverbot in der Rathausgasse aufzuheben, weil die Unfallgefahr zu hoch erscheint.“

Auszüge aus der gutachtlichen Stellungnahme:

„... Wenn die Rathausgasse als Einbahnständig geöffnet sein soll, so ergibt sich als geringer Vorteil eine leichtere Erreichbarkeit des unteren Rossmarktes. In diesem Zusammenhang wird jedoch gleichzeitig angeführt, dass der untere Rossmarkt auch über das Schärddinger Tor erreicht werden kann und dass die am unteren Rossmarkt befindlichen wenigen

Parkplätze schon jetzt stark ausgelastet sind.

... bei ständiger Öffnung der Rathausgasse als Einbahn muss jedenfalls den Fußgängern eine eigene Verkehrsfläche in einer Mindestbreite von 1,5 m zur Verfügung gestellt werden. Auf Grund der vorhandenen Breiten verbliebe dann nur mehr eine Fahrfläche von 3 m Breite und es wäre daher ein Radfahren gegen die Einbahn nicht möglich.

... Eine 1,5 m breite Fläche sowohl für den Radverkehr entgegen der Einbahn als auch den Fußgängerverkehr in beiden Richtungen ist eindeutig zu schmal.

... Die beidseitige Errichtung von etwa 75 cm breiten Gehsteigen erscheint ebenfalls nicht zielführend, zumal alle Fußgänger nicht dazu bewegt werden können, in die jeweilige Gehrichtung betrachtet, immer nur den rechten Gehsteig zu benutzen. Für die Benützung durch beispielsweise einen Kinderwagen ist die Breite zu gering.

... Nachteile bei Öffnung als Einbahnstraße ergeben sich ... für Fußgänger und Radfahrer

... Kreuzungskonflikte sind sozusagen vorgeplant und es ergibt sich gegenüber der Gegenwart ein deutlich höheres Unfallrisiko.“

Wir GRÜNE bleiben bei unserer Meinung. Nicht noch mehr Autos bringen einen langfristigen Erfolg für die Wirtschaftstreibenden in der Innenstadt, sondern ein vernünftiges Revitalisierungskonzept, das dem schleichenden Strukturwandel entgegentritt. Marketingstrategischer Weitblick, ein interessanter Branchen- und Produktmix sowie aktives Flächen- bzw. Leerflächenmanagement sind nun gefragt. Politik und Wirtschaft sind gefordert.

3. Rieder Kultursommer

Zum nunmehr dritten Mal wurde in Zusammenarbeit von Kulturabteilung, Kulturausschuss und Landesmusikschule eine hochkarätige Veranstaltungsreihe erstellt.

Thematisch umspannt das Motiv der „Marionette“ den 3. Rieder Kultursommer. Der Reigen beginnt mit einer Ausstellung historischer Marionetten im Museum Innviertler Volkskundehaus. Bei der Auftaktveranstaltung ist das bekannte „Karin Schäfer Figurentheater“ mit dem Stück „es war zweimal ...“ zu erleben. Junge TeilnehmerInnen können ihre eigenen Ideen bei den Workshops von Buntwerk und bei den Kreativtagen mit Margit Wallner (mit Carlo Collodis „Pinocchio“ im Vordergrund), einbringen.

Hochkarätig vertreten ist auch heuer wieder die Sparte Schauspiel mit Anton Pointecker als „k. u. k. Scharfrichter Josef Lang“ und Gerhard Brössner vom Landestheater Linz in seiner Paraderolle in „Der Kontrabass“ von Patrick Süskind. Glanzlichter des Konzertangebotes sind die Aufführung der gigantischen „Alpensymphonie“ von Richard Strauss durch das Innviertler Symphonie Orchester, eine Orgelimitation mit Videoprojektion des Landes-Kulturpreisträgers Christoph Herndler und das Gastspiel der Top-Gitarristen Michael Koschorek und Augustin Wiedemann.

Die beliebten Jazz-Sessions mit Gerald Endrasser und seinen Freunden, sowie zahlreiche „Straßenmusiken“ mit Schülern und Lehrern der Landesmusikschule

werden die Rieder Innenstadt mit Leben erfüllen.

Internationale Meisterkurse vom 30. Juli bis 31. August werden nicht nur Top-Referenten von den Wiener Philharmonikern und diversen Musikhochschulen, sondern auch Musikstudenten aus ganz Europa nach Ried bringen.

Im Bereich bildende Kunst ist neben dem bereits zur Tradition gewordenen Skulpturenpark auch eine Ausstellung über aktuelle Positionen von Künstlerinnen zu sehen.

Das Angebot richtet sich somit an alle Interessenten von 1-100 Jahren.

Die genaue Veranstaltungsübersicht finden Sie auch im Internet unter:

www.ried.at/kultursommer



LAbg. Maria Wageneder

Betreuungseinrichtungen für Kinder

Für alle Kinder ab zwei Jahren und für Volksschulkinder am Nachmittag stehen grundsätzlich ab Herbst die Kindergärten offen.

Altersgemischte Gruppen in Kindergärten

Die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Beruf ist eine wesentliche Voraussetzung für die Chancengleichheit von Frauen mit Betreuungspflichten. Ich freue mich sehr, dass wir dieses zusätzliche Betreuungsangebot so rasch im Gesetz verankern konnten.

Auch in der Stadt Ried besteht weiterer Bedarf für Betreuung von Kindern ab dem zweiten Lebensjahr. Die Kinderkrippe des Krankenhauses ist voll ausgelastet.

Wichtig ist nun, dass sich alle Eltern mit Betreuungsbedarf für ihre Kleinstkinder möglichst rasch melden, damit diese alterserweiterten Gruppen entsprechend vorbereitet und eingerichtet werden können.

Ich weiß, dass Eltern aus dem Umfeld des Caritas-Kindergartens am Kirchenplatz Betreuung für zweijährige Kinder brauchen. Auch jenen Eltern, die dort Kleinstkinderbetreuung wünschen, biete ich meine Unterstützung an. Rufen Sie mich an (0732/ 7720-13887).



„Meinem Kind geht's gut – mir auch“

Eine Gesetzesnovelle ermöglicht ab Herbst 2005 die Öffnung der Kindergärten für 2- bis 10-Jährige. Sie soll die Vereinbarkeit von Betreuungsarbeit und Beruf erleichtern. Kleine Gruppenzahlen und eine zweite Pädagogin garantieren eine kleinkindgerechte Betreuung. Folgendes Modell wurde im April 2005 beschlossen und ist maßgeschneidert für Gemeinden ohne Horte und Krabbelstuben:

- kleinere Gruppen mit 2. Kindergartenpädagogin
- Rückzugsbereiche für die einzelnen Altersgruppen
- freiwerdende Kindergartenplätze können für die neuen Altersgruppen genutzt werden

Wichtig ist nun die Umsetzung dieses Modells in den einzelnen Gemeinden. Alle Eltern mit Betreuungsbedarf für ihre Kleinst- oder Volksschulkinder sollen dies möglichst rasch bei ihren Heimatgemeinden melden.

Maria Wageneder ist u. a. Familiensprecherin der GRÜNEN OÖ.



Dr. Irene Mandl

Integrationsklassen Stifterschule

gik. Lagert man die I-Klassen aus der Stifter-Schule aus, sinkt diese zu einem Ghetto für Schwerstbehinderte ab. Der „umgekehrten“ Integration (Volksschulkinder an einer Sonderschule) würde durch die Politik des Sparstiftes das Wasser abgegraben werden.

Nun hat sich eine Initiativgruppe an der Adalbert-Stifter-Schule gebildet, die für die Zukunft des Projektes Integration kämpft. Ihre Forderungen sind:

- Weiterhin integrativer Unterricht an einem behindertengerechten Standort ohne Qualitätsverlust
- Weiterhin die langjährigen, integrationspädagogischen Erfahrungen des bestehenden Lehrerinnenteams nutzen
- Die S-Klassen nicht alleine lassen, sondern an einem gemeinsamen Standort mit Montessori-Integrations-Klassen führen.

Ich bin der Meinung, dass gesamtheitliche, langfristige Lösungen im Rahmen eines Standortkonzeptes sinnvoller sind als kurzfristige, wenn auch gutgemeinte Schnellschüsse.

Wir müssen eine win-win Situation erreichen. Das bedeutet nicht nur die Bereitstellung von optimalen pädagogischen

Bedingungen für behinderte und nicht behinderte Kinder, sondern auch kostengünstige Standorte.

Dr. Irene Mandl ist Leiterin der Schulpsychologischen Beratungsstelle in Ried und Vertreterin der GRÜNEN im Schulausschuss. Vor 12 Jahren war sie Mitinitiatorin der I-Klassen.

Auch in Ried sinken die Schülerzahlen. Nur mehr drei Schulstandorte sollen finanziert werden, leer stehende Klassen an den städtischen Volksschulen sollen nun mit den Integrationsklassen der Stifterschule „aufgefüllt“ werden. Was Geld sparen hilft, muss pädagogisch noch nicht vernünftig sein.

Seit zwölf Jahren haben sich die Integrationsklassen an der Stifterschule sehr bewährt. Das zeigt die hohe Nachfrage und Zufriedenheit seitens der Eltern. Die drei Grundpfeiler des erfolgreichen Unterrichtskonzeptes sind das autonome Lernen im Geist der humanistischen Psychologie, biologisch sinnvolles Lernen und Elemente der Reformpädagogik.

**SCHUSTERBAUERS
DRUCK SERVICE**



**IHR PARTNER FÜR
DRUCK UND WERBUNG,
DAMIT'S KLAPPT!**

**A-4910 RIED/INNREIS
GRIESGASSE 6A**

**TEL. 07752-85421
FAX 07752-87869
office@schusterbauer.cc
www.schusterbauer.cc**

GRÜNE Bachwanderung: Alle waren begeistert!



Neben vielen kleinen Wundern am Bachrand wartete beim Knitlinger neben der von der Schmetterlingsschule zubereiteten Jause noch ein besonderes Highlight auf uns – ein Schwarm Seidenschwänze hatte seinen Abflug in den Norden noch bis zum 2. April verschoben, um sich uns in voller Schönheit zu zeigen.

Nach dem Besuch des Fuchsbaues im „Mörderhölzl“ bewegten sich die einzelnen Gruppen wieder zurück zum Ausgangspunkt der Wanderung, nicht ohne zu rätseln, wohin diese wohl nächstes Jahr führen wird. Soviel sei schon verraten: Die nächste Bachwanderung wird wieder ganz in der Nähe von Ried stattfinden und kann ökologisch mit einem ganz besonderen Leckerbissen aufwarten. Bis es aber soweit ist, genießen Sie die vielen kleinen Schönheiten unserer Heimat – es gibt so vieles zu entdecken!



Sowohl von Expertenseite als auch vom Publikum war die heurige Bachwanderung der GRÜNEN hervorragend besucht.

Umwelt-Gemeinderat Max Gramberger konnte an der Ottenbachmündung bei prächtigem Wetter etwa 150 Naturbegeisterte zwischen 1 und 80 begrüßen, darunter auch LAbg. Maria Wageneder. Bachaufwärts konnten sich die Wissensdurstigen mit vielfältigen Informationen eines hochkarätigen Expertenteams versorgen. Auch diese waren von der Idee der Veranstaltung so angetan, dass sie sich unentgeltlich zur Verfügung gestellt hatten, wofür wir uns auch an dieser Stelle nochmals herzlich bedanken!



DIE GRÜNEN

Impressum:

Die GRÜNEN Ried
Bahnhofstraße 20/1
4910 Ried im Innkreis
Tel./Fax.: 07752/87483
e-mail: ried@gruene.at
www.ried.gruene.at
Redaktionsteam:
David Demiryürek, Dr. Wolfgang Pirker
Fotos: Die GRÜNEN RIED

Druck: Schusterbauers Druckservice,
Griesgasse 6a, 4910 Ried im Innkreis
www.schusterbauer.cc

Gleiche Bildungschance für alle

Die Ergebnisse der PISA-Studie 2003 waren der Auslöser einer Bildungsdiskussion in den Medien und in der Öffentlichkeit.

Ideologische Scheuklappen sollten abgelegt werden. Verkrustete Strukturen werden hinterfragt. Die Zweidrittelmehrheit bei Bildungsangelegenheiten wurde - mit Ausnahmen - abgeschafft.

Für die Grünen ist Bildung mehr als das Abschneiden bei einem Test: Bildung ist eine wichtige Form von Lebensqualität und ein Wert an sich. Sie öffnet den Zugang zu neuen Perspektiven und ermöglicht uns, die vielfältigen Errungenschaften unserer Gesellschaft zu nutzen. Daher müssen Bildungsangebote für alle Lebensbereiche (Kindergarten, Schule, höhere Bildung, Erwachsenenbildung, usw.) geschaffen werden, zu denen alle Menschen gleichermaßen Zugang haben.

Individuelle Förderung an den Schulen

Unser Schulsystem muss sich verstärkt den individuellen Neigungen der SchülerInnen anpassen: Dafür braucht es offene Unterrichtsformen und gezielte individuelle Förderung von SchülerInnen. Das ist aber nur möglich, wenn LehrerInnen in kleineren Klassen unterrichten können. Daher fordern die Grünen die Senkung der KlassenschülerInnen-Höchstzahl auf 25.

Gemeinsame Schule der 6-15-Jährigen

Nur noch wenige europäische Länder praktizieren eine frühe Selektion der

Kinder im Alter von 10 Jahren. Neben Österreich sind das einzelne deutsche Bundesländer, die Schweiz, die Slowakei, Tschechien und Ungarn. Das verfestigt die sozialen Unterschiede und benachteiligt ländliche Regionen mit geringer AHS-Dichte. Übrigens: Im PISA-Siegerland Finnland gibt es schon seit Jahrzehnten die gemeinsame Schule bis zum Alter von 16 Jahren.

Freier und kostenloser Hochschulzugang

Seit der Einführung der Studiengebühren im Jahr 2001 kann in Österreich von freiem Hochschulzugang keine Rede mehr sein. Die Studiengebühren wirken sozial selektiv: Viele Menschen, die schon zuvor unter finanziellem Druck standen, haben ihr Studium wegen der Studiengebühren abgebrochen. Eine Folge, die nicht nur den unmittelbar Betroffenen schadet, sondern angesichts der niedrigen AkademikerInnenquote in Österreich eine weitere Schwächung unseres Bildungswesens bedeutet.

LAbg. Gottfried Hirz,
GRÜNER Bildungssprecher OÖ

Besuchen Sie unsere Website:

www.ried.gruene.at